

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Berthold Martin

Die Gegenwart bewältigen

Eberhard Stammler

Mangel an Autorität

Helmut Thielicke

Die Gefährdung der Freiheit

Siegfried von Kortzfleisch

Irritierte Ökumene

12

1962

10. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Gegnerschaft und Feindschaft	1
Bernt von Heiseler	
Die Gegenwart bewältigen	2
Berthold Martin	
Mangel an Autorität	4
Eberhard Stammer	
Die Vertrauenskrise ist noch nicht beendet	5
Lothar Albertin	
Wahlen in Hessen und in Bayern	7
Von der Jahrestagung in Wiesbaden:	
Die Gefährdung der Freiheit durch die freiheitliche Gesellschaft	9
Helmut Thielicke	
Zur ethischen Indikation	12
Walter Strauß	
Der Evangelische Arbeitskreis und die CDU	13
Josef Hermann Dufhues	
Grundlinien der deutschen Außenpolitik	14
Walter Strauß	
Irritierte Ökumene	17
Siegfried von Kortzfleisch	
Berichte	18
Der 2. Kulturkongreß der CDU/CSU	
Bücher	19
Roger Schutz, Das Heute Gottes; Einheit und Zukunft	

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Berthold Martin, MdB. (Gießen, Stadtwald 6) ist der Vorsitzende des kulturpolitischen Ausschusses im Bundestag. — Pfarrer Eberhard Stammer (Stuttgart-O., Gerokstraße 21) ist Chefredakteur der Zeitschrift „Junge Stimme“. — Dr. Lothar Albertin (Marburg/L., Ritterstraße) ist Studienrat im Hochschuldienst an der Philipps-Universität Marburg. — Professor D. Helmut Thielicke (Hamburg, von Melle Park 6) ist ord. Prof. der Systematischen Theologie an der Universität Hamburg. — Staatssekretär Dr. Walter Strauß (Bonn, Bundesjustizministerium) war der Berichterstatter der außenpolitischen Arbeitsgruppe auf der Jahrestagung in Wiesbaden. Der Beitrag zur ethischen Indikation ist einer Diskussion im bayerischen Rundfunk entnommen. — Minister a. D. Dr. Josef H. Dufhues (Bonn, Nassestraße 2) ist der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU. — Dr. Siegfried von Kortzfleisch (Stuttgart, Hölderlinplatz 2A) ist an der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen.

Das gesellschaftspolitische Leitbild der sozialen Marktwirtschaft

von Staatssekretär Professor Dr. Alfred Müller-Armack

10. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU
vom 4.-6. Oktober 1962 in Wiesbaden

I.

Bei der Schlußtagung des Vereins für Socialpolitik in Luzern stellte der Vorsitzende, wie ich in der Zeitung lese, fest, daß alle Referenten aus der Bundesrepublik auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft gefochten hätten. Zwar habe es konservative oder sozialdemokratische Spielarten gegeben, aber auch sie hielten sich im Rahmen dessen, was wir heute als Soziale Marktwirtschaft bezeichnen.

So erfreulich diese Übereinstimmung für den sein könnte, der sich wie ich mit der Sache der Sozialen Marktwirtschaft in besonderem Sinne verbunden fühlt, so darf doch mancherlei nicht übersehen werden. Die Phase einer steten Überkonjunktur, die die Kräfte unserer Volkswirtschaft überstrapaziert, die Löhne und Preise in Bewegung hält, hat eine kritische Einstellung zu unserer Wirtschaftsordnung hochgebracht. Man glaubt, die Grenzen marktwirtschaftlicher Methoden seien erreicht, man fürchtet, die Marktwirtschaft bringe Währung und Investitionen in Gefahr; Maßnahmen werden gefordert und durchgeführt, die wenig Zutrauen zur Marktwirtschaft verraten; man ist nicht fern von einer schlichten Ablehnung dieser Ordnung, die nun ein gutes Jahrzehnt des Wiederaufbaues sich bewährt habe, aber gegenwärtig besser anderen Formen einer mehr konzentrierten, gebundenen Wirtschaft Platz machen müsse.

Daß dieser Stimmungsumschwung in zwei Jahre fällt, die den Lohnanstieg der deutschen Arbeiter in die Spitzengruppe Europas gebracht haben, und daß dieser objektive Erfolg eigentlich der Wirtschaftsordnung gegenüber dankbar stimmen müßte, will wenig besagen angesichts einer Malaise in fast allen Schichten.

Neben den Forderungen nach massiven Interventionen in verschiedenen Wirtschaftsbereichen mehrt sich die Zahl kritischer Angriffe, die von Theologen, Soziologen und Ökonomen gegen das Fundament der Sozialen Marktwirtschaft vortragen werden. Alles das schafft eine Stimmung, in der aus dem Ausland importierte Begriffe wie „Le Plan, Planification, Economie Concertée“ wie Zauberworte wirken, hinter denen viele einen tieferen Sinn und neue Möglichkeiten ahnen.

Diese Lage ist vielleicht nicht bedrohlich, aber sie sollte uns veranlassen, die Wirtschaftsordnung, die wir uns im letzten Jahrzehnt gaben und der man mehr ihre Erfolge als ihr Versagen vorwirft, in bezug auf ihr geistiges Fundament, ihre gegenwärtigen und künftigen Zielsetzungen erneut zu überprüfen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist manchem nur als ein Kompromiß, als eine praktische Formel erschienen, um eine Phase des Wiederaufbaues zu durchstehen. Unter der Forderung des Tages gelangten diejenigen, die sich dieser Ordnung verschrieben, nur selten dazu, deren geistiges Fundament zu präzisieren. Mißverständnisse waren die Folge, und einem bequemen Konformismus genügte das Erreichte. So trat die

geistige Bemühung um das Gesamtsystem der Sozialen Marktwirtschaft allzusehr in den Hintergrund. Eine Idee, ein gesellschaftspolitischer Stil, als die ich die Soziale Marktwirtschaft sehen möchte, bedarf jedoch der aktiven und konstruktiven Gestaltung, wenn sie sich im Wechsel der Zeiten behaupten sollen. Auch die Parteien, die die Soziale Marktwirtschaft auf ihre Fahne schrieben, nahmen den Gedanken als nur zu bequeme Formel und bemühten sich nur wenig, die Dimension des Gedankens der Sozialen Marktwirtschaft sich und anderen klarzumachen. Ihre Aufgabe aber dürfte es sein, mit ihrem politischen Willen und den ihnen gegebenen Möglichkeiten im Verein mit der Wissenschaft sich tiefer, systematischer, aktiver und umfassender mit dieser Ordnungsidee zu befassen. Eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird sich nur dann im geschichtlichen Wandel behaupten können, wenn sie die Wandlungen unserer Gesamtsituation berücksichtigt. Was die Soziale Marktwirtschaft in den ersten Jahren des Wiederaufbaus der Industrie an Überwindung von Knappheiten, an Einkommensbildung und Vollbeschäftigung erreichte, wird in der Phase, in der wir nun stehen, als Selbstverständlichkeit erscheinen, der sich nun neue Zielsetzungen andersartiger Leitbilder hinzugesellen müssen. Ich habe in den letzten Jahren vielfach darauf hingewiesen, daß nach dieser ersten Phase nunmehr gesellschaftspolitische Aufgaben ergänzend die Ziele unserer Ordnung bestimmen müssen¹⁾. Weiteres ökonomisches Wachstum genügt nicht und wird relativ uninteressant gegenüber Aufgaben anderer Art, die ihre Bewältigung verlangen. In diesem Sinne einer umfassenden Definition des Wesens der Sozialen Marktwirtschaft und einer Klärung ihrer künftigen Aufgaben bitte ich meine Ausführungen zu nehmen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung. Die großen politischen Entscheidungen werden von ihr nicht berührt; da sich aber ein wesentlicher Teil unseres Lebens in alltäglichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen bewegt, hat sie auch politische Bedeutung. Wir stehen weltweit in einer Spannung zwischen West und Ost. In diesem durch die gegenseitige nukleare Abschreckung fixierten Rahmen sind die Aktionsmöglichkeiten des freien Westens beschränkt. Um so wichtiger ist die bewußte Behauptung seiner inneren Form: der Freiheit. Gewiß kann und soll die Soziale Marktwirtschaft nicht als Gegenideologie dienen, aber sie ist doch eine Formel, unter der sich das Selbstverständnis des Westens in einer ihm gemäßen Form zu organisieren vermag. Wenn wir unsere Lebensform gegenüber dem Osten bewußt zu sichern versuchen, genügt es nicht, pragmatisch dies oder jenes zu tun, es bedarf vielmehr einer bewußten Gestaltung unseres Lebens unter einem Leitbild.

Soweit ich sehe, gibt es gegenwärtig nur zwei solcher Leitbilder, die dem Osten gegenüber diese Kraft des Westens zu

¹⁾ Beispielsweise in: Soziale Marktwirtschaft nach einem Jahrzehnt ihrer Erprobung. „Wirtschaftspolitische Chronik“, H. 2/3 (1959), sowie in: Studien zur Sozialen Marktwirtschaft. (Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln. Untersuchungen 12.) Köln 1960.

neuen Formen unter Beweis stellen: die Europäische Integration und die Soziale Marktwirtschaft. Der freie Westen bedarf integrierender Ideen als Antwort auf die Herausforderung des Ostens, eine bessere Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu bieten. Wer im Westen darauf verzichtet, dem Leitbild die letzte mögliche Klarheit zu geben und statt dessen nur Tagespolitik betreibt, wird dem Osten nicht gewachsen sein; nichts wird das ideologiebestimmte Denken des Ostens stärker treffen als die sich klar abzeichnende Fähigkeit des Westens, bessere, humanere, freiere und sozialere Lösungen für die Lebensfragen der heutigen Welt zu finden. Die Reaktion des Ostens auf die Fortschritte der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die man als neues Faktum allmählich anerkennt, zeigt, welche Möglichkeiten bestehen, wenn wir auch im Inneren den Gedanken unserer Lebensordnung zu höherer Klarheit bringen.

Theorie der Sozialen Marktwirtschaft und andere Wirtschaftslehren

Lassen Sie mich den Versuch, den Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft klarzumachen, beginnen mit der Frage, was denn Soziale Marktwirtschaft ist. Diese Frage mag als zu weit ausholend erscheinen, aber sie ist für das Verständnis dieser Ordnung notwendig. Nur wenig ist gewonnen, wenn man von der sprachlichen Formulierung ausgeht, die eine Marktwirtschaft mit sozialen Zielen und Möglichkeiten definiert. Diese Wortverbindung war überraschend zur Zeit der Namensgebung im Jahre 1946, in einer Zeit, in der Wirtschaftslenkung und Dirigismus ihr Monopol auf soziale Sicherung behaupteten und es paradox erschien, in einer Marktwirtschaft, die man aus sozialen Motiven ein Jahrzehnt lang bewußt demontiert hatte, eine bessere Ordnung auch für die breiten Schichten zu sehen. Längst ist inzwischen die Möglichkeit anerkannt, daß eine bewußt gestaltete und durch eine Wettbewerbsordnung gesicherte Marktwirtschaft sozialen Fortschritt besser verbürgt, zumal durch bewußte Ausgestaltung marktkonformer Interventionen und durch die in den öffentlichen Haushalten sich vollziehende Einkommensumleitung der soziale Fortschritt auf der Grundlage einer freien Ordnung um so wirksamer gestaltet werden kann, als die Fortschritte des Wettbewerbs das ökonomische Fundament sozialer Interventionen bilden. Soziale Marktwirtschaft bedeutet so nicht Verzicht auf soziale und gesellschaftspolitische Interventionen. Ein vollgültiges System der Wirtschaftspolitik konnte ausgestaltet werden bei voller Wahrung der Koordinierung zu einer Marktwirtschaft, deren Sachnotwendigkeiten zu beachten sind.

Eine Verständnisschwierigkeit ergab sich durch die Nähe zum Neoliberalismus. So ist es nicht unverständlich, aber doch eben unzutreffend, wenn z. B. der Dominikanerpater Dr. Nawroth in seiner umfassenden Analyse der philosophischen Grundlagen des neuen Liberalismus²⁾ die Soziale Marktwirtschaft als bloße Abart des Neoliberalismus betrachtet. Man braucht die Nähe zum Neoliberalismus keineswegs zu leugnen; wir verdanken ihm zahlreiche entscheidende Anregungen, aber gegenüber einem den Wettbewerbsmechanismus als ausschließliches Gestaltungsprinzip betrachtenden Neoliberalismus ist der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft aus anderen Wurzeln ent-

²⁾ Egon Edgar Nawroth: Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus. (Sammlung Politeia. Veröffentlichungen des Internationalen Instituts für Sozialwissenschaften und Politik. Universität Freiburg/Schweiz. Hrsg. von F. A. Utz. Bd. 14.) Heidelberg-Löwen (1961).

standen. Sie liegen in der dynamischen Theorie und der philosophischen Anthropologie, die beide in den zwanziger Jahren entwickelt wurden, in einer anderen Auffassung vom Staat und in einer Weiterführung des vom Neoliberalismus meist abgelehnten Stilgedankens. Die koordinierten Funktionen der Sozialen Marktwirtschaft entsprechen nicht ausschließlich den mechanischen Regeln des Wettbewerbs. Die Gestaltungsprinzipien beziehen sich auf Staat und Gesellschaft, die ihre Wertvorstellungen und Verantwortungen im Gesamtsystem der Sozialen Marktwirtschaft ausprägen.

Die Soziale Marktwirtschaft ist keine ausschließliche Wettbewerbstheorie; sie mag am ehesten als Stilbegriff bezeichnet werden in dem Sinn, daß in der Sozialen Marktwirtschaft eine stilhafte Koordination erstrebt wird zwischen den Lebensbereichen des Marktes, des Staates und der gesellschaftlichen Gruppen. Ihr Ansatz ist daher ebenso sehr ein soziologischer wie ein ökonomischer, ein statischer wie ein dynamischer. Es ist ein dialektischer Begriff, in dem die gesellschaftlichen Zielsetzungen ein entsprechendes Gewicht gegenüber den ökonomischen besitzen, der also Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in einem umfaßt.

In der genannten Untersuchung von Dr. Nawroth ist die Kritik an der Sozialen Marktwirtschaft geführt worden mit dem Hinweis, ihr philosophischer Hintergrund sei der nominalistische Glaube an den marktwirtschaftlichen Mechanismus³⁾. Ich sehe darin eine Verkennung des Wesens der Sozialen Marktwirtschaft, deren Vertreter sich in ihren Forschungen um die Berücksichtigung des gesellschaftlichen Wertsystems, dessen, was „jenseits von Angebot und Nachfrage“ steht, und um die religiösen Wurzeln unserer politischen und gesellschaftlichen Überzeugungen in besonderem Maße bemüht haben⁴⁾. Aber ich möchte nun nicht den umgekehrten Fehler machen und die Soziale Marktwirtschaft als ein sich aus bestimmten theologischen und philosophischen Überzeugungen ableitendes System ansprechen. Das berührt die Frage der Stellung der Sozialen Marktwirtschaft insbesondere zu der christlichen Wirtschaftslehre, die von der Theologie her einen Ansatz zur normativen Wirtschaftspolitik zu geben versucht. Wir haben im letzten Jahrzehnt eine Fülle von Versuchen aus dem protestantischen Raum wie von der katholischen Kirche her, Normen unseres gesellschaftlichen Lebens zu entwickeln. Ich nenne hier die Denkschrift zur „Eigentumsfrage in sozialer Verantwortung“, die der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland herausgegeben hat, und die neueste Sozialzyklika des Papstes „Mater et Magistra“. Unverkennbar hat in der europäischen Entwicklung seit je die Konkretisierung der

³⁾ a. a. O., passim.

⁴⁾ So beispielsweise Wilhelm Röpke in seinen Büchern: Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart. Erlenbach-Zürich 1942. — Civitas Humana. Erlenbach-Zürich 1944. — Maß und Mitte. Erlenbach-Zürich 1950. — Jenseits von Angebot und Nachfrage. Erlenbach-Zürich 1958. — Alexander Rüstow in folgenden Werken: Zwischen Kapitalismus und Kommunismus. Ordo. Bd. 2 (1949). — Wirtschaftsethische Probleme der sozialen Marktwirtschaft. In: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft. Stuttgart 1955. — Ortsbestimmung der Gegenwart. Eine universalgeschichtliche Kulturkritik. Stuttgart 1950/55. — Von meinen eigenen Arbeiten nenne ich nur: Die Wirtschaftsordnungen sozial gesehen. Ordo. Bd. 1 (1948). — Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft. 2. Aufl. Hamburg 1948. — Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. In: Lagler-Messner: Wirtschaftliche Entwicklung und soziale Ordnung. Wien 1952. — Soziale Marktwirtschaft. In: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften. Bd. 9. Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1953. — Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft. In: Der Christ und die soziale Marktwirtschaft. Stuttgart 1955. — Religion und Wirtschaft. Geistesgeschichtliche Hintergründe unserer europäischen Lebensform. Stuttgart 1959.

sozialen Verantwortung aus dem Glaubensansatz ihre eigentliche Tiefe gewonnen. Keine Sozialordnung vermag darauf zu verzichten, daß sie von einem Wertbewußtsein getragen wird, das die Voraussetzung auch der Verantwortung für den Mitmenschen ist. Der Marktmechanismus zehrt eher an dem Wertfundament, als daß er es anreichern könnte oder gar zu ersetzen vermöchte. So unersetzlich aber die Funktion der christlichen Besinnung auf unsere Aufgaben in der Gesellschaft ist, so notwendig erscheint es mir auf der anderen Seite zu sein, die relative Selbständigkeit der instrumentalen Ordnung, in die sie eingebettet ist, zu betonen. Die Gesellschaft, in der wir leben, ist eine auch in dieser Hinsicht pluralistische Gesellschaft, in der Katholiken, Protestanten und säkularisierte Menschen zusammen leben. Die Frage ihrer Gesamtordnung kann von diesen einzelnen Gruppen Impulse empfangen. Das organisatorische Problem einer freiheitlichen Gesamtordnung besteht aber darin, daß in ihr verschiedene Wertordnungen miteinander existieren müssen, ohne daß einer Gruppe der totale Anspruch auf die Repräsentation des Ganzen zuerkannt werden kann. Auch die christlichen Gesellschaftsordnungen beziehen sich auf eine verschiedene Gruppen und Wertvorstellungen umfassende Gesellschaft. Beispielsweise enthalten die christlichen Soziallehren neben dem religiösen Ansatz auch weltliche Ordnungsvorstellungen, die sich auf das Ganze der Gesellschaft beziehen. Dieser pluralistischen Gesellschaft kann jedoch eine aus dem Gehalt eines spezifischen Glaubens deduzierte Ordnung schwerlich entsprechen. So müssen die gesellschaftlichen Ordnungen zwar den unabdingbaren Forderungen der Christen genügen, d. h. sie müssen so beschaffen sein, daß Christen in ihnen ihre Verantwortung tragen können; aber man wird nicht im Bereiche unserer Gesellschaftspolitik, wie es Nawroth versucht, bestimmte Ordnungen nach ihrem jeweiligen theologischen Fundament akzeptieren oder verwerfen können.

Der Stil der Sozialen Marktwirtschaft

Was ist nun die Soziale Marktwirtschaft als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Leitbild? Ich sagte es eben schon: sie ist eine Ordnung, die Werte empfängt, aber nicht selbst setzt, und die insofern kein theologisches Fundament hat. Sie ist so der Stil eines Verhaltens in unserer Welt, eine bestimmte Form der Lösung der sozialen Probleme anzustreben.

Betrachten wir diese Aufgabe etwas genauer. Unsere Gesellschaft ist ein Ganzes, in dem die einen Gruppen mehr ihre Freiheit, die anderen mehr ihre soziale Sicherheit erstreben, in der alle am Wachstum interessiert sind, aber auch nur in dem Maße, in dem ihre persönlichen Lebenskreise nicht allzu sehr gestört werden. Wir können geradezu, wie es in der Geld- und Außenhandelslehre häufig geschieht, von einem magischen Dreieck sprechen, dessen Ecken durch die Ziele persönliche Freiheit, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sicherung und Wachstum bezeichnet sind. Diese widerstreitenden Ziele haben in der Vergangenheit eine gesellschaftliche Konfliktsituation hervorgerufen dadurch, daß eines sich auf Kosten der anderen durchzusetzen versuchte. Das führte zu extremen Gestaltungen radikal liberaler oder radikal interventionistischer Gesellschaftsziele, oder aber zu dem Ausweg des starren Beharrens im Überlieferten oder auch der systemlosen Vermischung aller Prinzipien, wie sie sich im Interventionismus darbot.

Soziale Marktwirtschaft ist keine Philosophie über das Wertfundament unserer Gesellschaft. Dies überläßt sie dem vom Religiösen oder Philosophischen her urteilenden Normensystem. Sie ist vielmehr ein irenischer Ordnungsgedanke, eine strategische Idee innerhalb des Konfliktes verschiedener Ziel-situationen. Sie ist eine Stilformel, durch die versucht wird, die wesentlichen Ziele unserer freien Gesellschaft zu einem neuen, bisher in der Geschichte noch nicht realisierten, praktischen Ausgleich zu bringen.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß dieses fast selbstverständlich anmutende Ziel eines sehr subtilen Ordnungsdenkens bedarf. Die Soziale Marktwirtschaft ist so eine Integrationsformel, durch die versucht wird, die wesentlichen Kräfte unserer heutigen Gesellschaft in eine echte Kooperation zu führen. Die Spannungssituation unserer Gesellschaft kann nicht als eine statische Spannung angesehen werden, der durch eine einmalige Zuordnung von Marktwirtschaft und sozialer Sicherung entsprochen werden könnte. Der Spannungs- und Konfliktzustand unserer Gesellschaft unterliegt selbstverständlich dem geschichtlichen Wechsel und verlangt, daß die jeweiligen strategischen Formeln dieses irenischen Ausgleichs immer wieder neu gesucht werden müssen, um ihrer Aufgabe gewachsen zu sein. Soziale Marktwirtschaft ist so eine Strategie im gesellschaftlichen Raum; ob sie gelingt und ihr Ziel erreicht, wird nie exakt entschieden werden können, sondern bestätigt sich nur im dauernden Prozeß der Lösung jener internen Konflikte unserer Gesellschaft, die wir als Realität hinzunehmen haben. Für eine erste Phase ihres Bestehens, glaube ich, hat die Soziale Marktwirtschaft diese Aufgabe einer Entspannung in der Mitte Europas gelöst und ihre politischen Wirkungen nach außen ausgestrahlt. Nunmehr muß sie — von außen und innen nicht mehr angefochten — diese Aufgabe auch für die Zukunft leisten.

Der Stil der Sozialen Marktwirtschaft liegt darin, jenseits der Lösungen einer restaurativen Politik, die das Vergangene konserviert, oder eines Sozialdirigismus, der die freien Initiativen der Gesellschaft verkümmern läßt, und auch jenseits einer ungesteuerten, unkontrollierten Marktmechanik eine gesellschaftliche Lösung zu produzieren, in der alle Ziele einen möglichst realistischen Ausgleich finden. Diese Lösung ist eine irenische Formel, nicht ein utopischer Ansatz, der die gesellschaftlichen Aufgaben von irgendeiner Seite her durch Macht, Interventionen, Dirigismus, Konservatismus oder den Glauben an eine sich mechanisch verwirklichende Harmonie angeht.

Die Integrationsformel der Sozialen Marktwirtschaft ist als solche allgemein anwendbar, aber sie steht und gewinnt ihre Fruchtbarkeit in der Situation unserer heutigen Gesellschaft. Ihre Lage ist dadurch bestimmt, daß ein von der Technik her unvergleichlich beschleunigtes Tempo unserer Produktionsfortschritte auf allen Gebieten und eine durch diese Entwicklung mobilisierte und bedrohte Massengesellschaft im Rahmen einer freien Welt nach einem Ausgleich drängen. Der Wert dieser Formel hat sich durch unsere Erfahrung bestätigt, daß es grundsätzlich möglich ist, die moderne Massengesellschaft in den Bahnen einer freien Ordnung zu konsolidieren. Damit ist kein Startpunkt gesetzt, der die Bahn für alle Zeit vorschreibt, sondern ein Weg gezeigt, den wir jetzt zu gehen haben. Es ist die Aufgabe, der Massengesellschaft nicht nur die Unruhe der modernen Entwicklung erträglich zu machen, sondern sie gleichzeitig auch zu befähigen, an den Erfolgen dieser Entwicklung teilzunehmen.

Gesellschaftspolitische Ziele der Sozialen Marktwirtschaft

Als irenische Formel, als Stileinheit umfaßt die Soziale Marktwirtschaft nicht nur eine vom Markt her koordinierte Wirtschaftsordnung, sondern das Beiwort sozial gibt daneben den Hinweis darauf, daß diese Ordnung gesellschaftspolitische Ziele verfolgt. Die Bedeutung dieser gesellschaftspolitischen Seite ist in der ersten Phase der Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft noch nicht so deutlich geworden. Man stellte überrascht die sozialen Effekte des Funktionierens einer Wettbewerbsordnung fest und begnügte sich im übrigen mit einer engeren Auslegung des Wortes sozial im Sinne der älteren Sozialpolitik als Hilfe für gewisse benachteiligte Schichten. Es scheint mir jedoch nunmehr an der Zeit, die gesellschaftspolitische Zielsetzung der Sozialen Marktwirtschaft stärker in den Vordergrund zu stellen. Mit der ökonomischen Hebung breiterer Schichten verändert sich das Bild. Die Schichten akuter Hilfsbedürftigkeit konzentrieren sich auf bestimmte Gruppen. In dem Maße, in dem das Problem der Einkommensbildung befriedigend gelöst wird und bei fast allgemeiner Demokratisierung vieler Güter des modernen gehobenen Bedarfs trennende Konsumschränken innerhalb der Gesellschaft schwinden, verlagert sich zugleich das gesellschaftspolitische Problem; die Vollbeschäftigung wurde gelöst, die Vollversorgung rückt für die europäischen Länder nah heran. Aber gerade in diesem Vorgang der objektiven Lösung der Knappheitsprobleme durch die bisherige Wirtschaftsordnung wird in der ganzen Öffentlichkeit eine Unruhe, eine Malaise spürbar. So töricht gelegentlich ihre Äußerungen sein mögen, sie ist ein Faktor und deutet auf ein tieferes Problem unserer gesellschaftlichen Existenz hin, die zwar mit der Vollbeschäftigung viel gewonnen hat, aber von einem Zustand gesellschaftlichen Gleichgewichtes noch weit entfernt ist. Die Unrast unserer technischen Entwicklung, die Strukturwandlungen unserer Wirtschaft tun ein übriges, vergangene gesellschaftliche Formen zu zerstören und an die Notwendigkeit zu erinnern, ein neues gesellschaftliches Gleichgewicht zu finden.

Welches ist nun das gesellschaftspolitische Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft? Abwegig ist sicher die dem Liberalismus zugeschriebene Auffassung, eine Marktwirtschaft sei gleichsam schon von sich aus ein Ersatz für eine Gesellschaftspolitik im Sinne der Gestaltung der sozialen Positionen und zwischenmenschlichen Beziehungen. Gewiß, der Wettbewerbsapparat darf als ein unentbehrliches Mittel angesehen werden, die Planungen der Einzelsubjekte und Unternehmungen zu koordinieren und sich gegenseitig einpendeln zu lassen; hierauf hat Franz Böhm sehr eindrucksvoll hingewiesen⁵⁾. Die Koordination kann auch im Sinne der Versachlichung zwischenmenschlicher Beziehungen, im Sinne der Milderung sozialer Konflikte gesellschaftspolitisch heilsam wirken. Wettbewerb kann Monopol- und Machtpositionen vermindern und den Lohnaufstieg der breitesten Schichten herbeiführen. Aber er bleibt ein mechanischer Vorgang, der gegenüber Werten und Zielen indifferent ist. Wenn wir schon den marktwirtschaftlichen Vorgang, wie es heutiger Überzeugung entspricht, durch eine aktive Konjunktur- und Wachstumspolitik in seinen mechanischen Funktionen unterstützen müssen, so gilt dies noch mehr von dem gesellschaftspolitischen Leitbild, das wir nur aus obersten Zielvorstellungen und Werten zu entwickeln vermögen. Das, was der Gedanke der Sozialen Marktwirtschaft

⁵⁾ Franz Böhm: Die Ordnung der Wirtschaft als geschichtliche Aufgabe und rechtsschöpferische Leistung. Stuttgart 1937.

zu diesem Leitbild hinzuzugeben hat, ist die Technik der Verwirklichung einer gewissen Gesellschaftspolitik und die Lösung der Frage, wie divergierende gesellschaftliche Zielsetzungen auf einen gemeinsamen Nenner gebracht werden können.

Wir müssen bei den Erwägungen in unserem Kreise und in der weiteren deutschen Öffentlichkeit davon ausgehen, daß die Soziale Marktwirtschaft nach einer Phase, die sich im ökonomischen Wiederaufbau und in einem ungeahnten Vorstoß in der Richtung eines höheren Lebensstandards und der Verbesserung der sozialen Bedingungen äußerte, nunmehr in eine zweite Phase eintritt, bei der unter Fortführung alles dessen, was begonnen wurde, eben doch ein neuer Akzent in das Ganze kommen muß. Nach meiner Überzeugung sollten wir versuchen, in sorgfältiger geistiger Vorarbeit in eine zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft einzutreten, in der die gesellschaftspolitische Aufgabe hervortreten muß in dem Maße, wie sich die ökonomischen Probleme gelöst haben oder im Wachstum der nächsten Jahre als lösbar erscheinen.

Welche Aussagen lassen sich schon jetzt über eine solche gesellschaftliche Politik der Sozialen Marktwirtschaft machen? Es wurde bereits gesagt, ihr Ziel ist das Dreieck der Spannung zwischen dem Wachstum, der persönlichen Freiheit und Initiative sowie dem sozialen Gleichgewicht, das den ganzen Komplex sozialer Sicherung von der Vollbeschäftigung bis zur individuellen Hilfe umfaßt, zu finden.

Wenn ich hier von einem gesellschaftspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft spreche, so hat dies nicht den Sinn, irgendeine rationale, religiöse, sozialistische oder liberale Idealordnung zu entwerfen. Wir sind in den letzten Jahrhunderten mit solchen Idealbildern reichlich versorgt worden, die am Widerspruch der Wirklichkeit zwar nicht ihren gedanklichen Glanz und ihre Anziehungskraft verloren, wohl aber ihre Wirksamkeit einbüßten. Die gesellschaftliche Wirklichkeit finden wir vor. Es ist ein Geflecht von Beziehungen in einer offenen, aber durch zahlreiche Gruppen und Sonderpositionen, Konflikte und Übereinstimmungen bestimmten Gesellschaft. Aufgabe der Gesellschaftspolitik muß es sein, für diese Verfassung unserer Gesellschaft eine Integrationsformel zu geben, die zwar Divergenzen, Konflikte und Gegensätze weder ausschließt, noch endgültig zu überwinden verspricht, die aber doch gestaltend eingreift, um ein Maximum an Spannungen zu binden und eine realistische Basis der Gemeinsamkeiten aufzuzeigen. Soziale Marktwirtschaft scheint mir, wenn wir diese Idee ernst nehmen, identisch mit der Überzeugung, daß es möglich ist, so wie wir im letzten Jahrzehnt den Gegensatz von sozialem und marktwirtschaftlichem Fortschritt überwunden haben, auch im weiteren Zusammenhang der Gesellschaft Gegensätze zu überwinden.

Das gesellschaftliche Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist auf das Ganze der Gesellschaft gerichtet. Wir müssen also versuchen, die in der Tagespolitik sich in den Vordergrund schiebenden Probleme durch eine von der Gesamtgesellschaft her entwickelte Zielsetzung zu ergänzen. Gewiß gibt es spezielle Strukturprobleme der Mittelschichten, der Bauern, der Arbeiter, aber wir dürfen den Blick nicht verlieren für die alle Gruppen umfassenden und in den Sondergruppen nicht aufgehenden, die Gesellschaft als Ganzes berührenden Fragen. Ich weise hierbei darauf hin, daß es mit einem völligen Funktionieren der Marktwirtschaft durchaus verträglich ist, im Bereiche der öffentlichen Aufgaben im weitesten Sinne das, was ich die Umweltbedingungen der Gesellschaft nennen möchte,

zu verbessern. Diese drücken sich finanzpolitisch in den öffentlichen Einrichtungen und Investitionen aus; man spricht von Infrastruktur in einem meist sehr auf das Ökonomische bezogenen Sinn. Die Zerstörung der gewachsenen Umwelten unserer Städte, Dörfer und Landschaften durch den Verkehr und die Planlosigkeit im Aufbau unserer Städte und ländlichen Siedlungen bedarf einer von der Kraft aller öffentlichen Körperschaften und der Gesellschaft getragenen Anstrengung, um diese Umwelt auch unter den modernen Bedingungen wieder in ein harmonisches Gleichgewicht zu den Menschen zu bringen. Das Gebiet der geistigen Investitionen im weitesten Sinne bedarf stärkster Förderung. In dem Maße, in dem soziale Hilfe innerhalb der aufsteigenden Schichten entbehrlich wird, sollte unsere Politik dem unausweichlichen Zwange entsprechen, dem imposanten Anstieg unserer Produktion und Güterversorgung auch eine Verbesserung der öffentlichen Umweltbedingungen unseres Lebens an die Seite zu stellen.

Wird dieses Ziel nicht bloß als Lippenbekenntnis anerkannt, sondern ernst genommen, bedarf eine allgemeine Gesellschaftspolitik, wenn sie die konkrete Schichtung unserer Gesellschaft nicht verkennen will, ergänzend auch der Bemühungen um besondere Schichten. Damit dürfen allerdings keine Reservate bestimmter Gruppen geschaffen werden. Die Vorstellung, auch der Mittelstand oder die Bauern könnten gleichsam vom Wettbewerb her ihre ökonomische und soziale Position zugeordnet bekommen, scheint mir ebenso verfehlt wie die Auffassung, Gesellschaftspolitik könne sich im Schutz solcher Gruppen erschöpfen. Die Theorie der Sozialen Marktwirtschaft scheint mir durchaus verträglich zu sein mit der Gewährung von Anpassungsinterventionen, um Teilen der Wirtschaft den Übergang in eine neue, tragbare Position zu sichern, wenn sie wie die Landwirtschaft, der Bergbau, die Textilindustrie in besonderem Maße dem Druck der wirtschaftlichen Dynamik ausgesetzt sind oder durch Konkurrenzprodukte oder größere Märkte bedrängt werden. In der Sozialen Marktwirtschaft müssen wir den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt bejahen, aber ebenso die Möglichkeit notwendiger Anpassungen, etwa durch Subventionen und Steuererleichterungen, um konstruktiv den Übergang in die neue Wettbewerbssituation zu erleichtern. Wenn es auch falsch wäre, gegen die großen Tendenzen des Marktes anzugehen, so bleibt hier gleichwohl ein weites Feld für einflussreiche Wirtschaftspolitiker, ohne Verzicht auf die Gesamtordnungskonzeption, von der wir auszugehen haben, gesellschaftliche Spannungen im Übergang zu reduzieren.

Die Gesellschaftspolitik muß so nicht nur von einem Leitbild ausgehen, welche Gesamtform unseres Gesellschaftslebens wir auf lange Sicht erstreben; sie muß gleichzeitig den Umbildungsprozeß, den unsere Gesellschaft permanent erfährt, zum Gegenstand ihrer Überlegungen machen und zwischen dem einfachen Geschehenlassen jedweder Umgestaltung und einem Sichsperrn gegen die Entwicklung zugunsten bestimmter Schichten den möglichen Ausweg finden in einer vernünftigen Lenkung der Prozesse, die wir voraussehen und in ihrem Ablauf spannungsloser gestalten können. Sie hat dabei ihr Augenmerk nicht nur auf die Erhaltung einer möglichst breiten Schicht des selbständigen Mittelstandes zu richten, sondern darüber hinaus dem Prozeß des Selbständigwerdens und des sozialen Aufstiegs des einzelnen innerhalb der Gruppe der Arbeiter und Angestellten besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Entwicklung zur Großorgani-

sation hat die Chance, selbständig zu werden und aufzusteigen, stark vermindert. Hier Starthilfe zu bieten, den Aufstieg zum qualifizierten Arbeiter zu erleichtern, den Arbeitern den Aufstieg zum Angestellten zu geben, muß Ziel einer Gesellschaftspolitik sein, die vom Gedanken getragen ist, unsere Gesellschaft, soweit es möglich ist, als offene Gesellschaft zu sichern. In der Tagesarbeit der Wirtschafts- und Finanzpolitik kommen bereits heute eine Fülle von gesellschaftspolitischen Zielen zum Zuge. Niemand wird gegen solche Bemühungen etwas einwenden, wenn sie getragen werden von einer Gesamtvorstellung vom Ganzen der Gesellschaft. Mag das hier umschriebene Leitbild auch nur ein weit gestecktes Ziel aufweisen, verfehlt wäre es, diese Arbeit der Zukunft zu überlassen. Sie muß sogleich beginnen neben der Tagesarbeit, um dieser Richtung und Grenze anzuweisen und um das gesellschaftliche Endziel nicht zu einer Ideologie verblasen zu lassen.

Mittel einer neuen Gesellschaftspolitik

In der gesellschaftspolitischen Diskussion der letzten Jahre spielt die Eigentumsbildung als Mittel einer neuen Gesellschaftspolitik eine bedeutsame Rolle. Die Denkschrift, die der Rat der Evangelischen Kirche am 6. April 1962 herausgegeben hat, weist in diese Richtung. In den vergangenen Jahren konnte die Einkommensentwicklung der breitesten Schichten so erhebliche Fortschritte machen, daß die Erhöhung der Löhne und Gehälter auch bei Einrechnung der Preissteigerung das deutsche Lohnniveau an die Spitze der EWG-Länder gebracht hat. Wenn es gelingt, die Konjunktur gegen Rückschläge zu sichern, kann auf diesem Gebiete das, was heute noch nicht erreicht worden ist, in wenigen Jahren vollbracht werden. Es wäre also verständlich, wenn sich das Interesse der Eigentumsbildung zuwendete, die zweifellos ein hervorragendes Mittel ist, über die Spartätigkeit den einzelnen in unserer Massengesellschaft eine festere Position durch Eigenheim und Rücklagen zu geben. Unproblematisch ist es, die Sparformen auf kleinere Einheiten von Aktien und Obligationen abzustellen, so daß dem einzelnen Sparer ein leichter Zugang zu praktischen Vermögensanlagen gegeben wird. Unproblematisch erscheint es auch, denjenigen, die an die Spartätigkeit erst herangeführt werden sollen, über Prämien oder Steuerabzug eine Starthilfe zu bieten, die den zahlreichen Erleichterungen der Vermögensbildung im Bereich der Selbständigen, welche die Steuerpolitik der letzten Jahre eröffnete, entspricht. Problematisch ist es, die Vermögensbildung durch unkontrollierte und undosierbare Steuervorteile zuzulassen, wie sie in den letzten Jahren, insbesondere in bezug auf den Wohnungsbau praktiziert wurden. Ich denke hier insbesondere an den § 7b, der ein irrationales Element in die Einkommensbildung unserer Gesellschaft gebracht hat; er sollte zum mindesten auf die vertretbaren Fälle begrenzt werden.

Die Einkommensbildung greift in die Währungspolitik über. Permanent steigende Preise, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues, für den in erster Linie gespart wird, bedeuten eine schleichende Vermögensminderung, für die die relativ hohen Zinssätze nur einen knappen Ausgleich bieten. Der Erfolg der Vermögensbildung setzt so in weiten Bereichen eine relativ strenge Politik finanzieller Stabilität voraus. Es ist freilich ein utopisches Ziel, die sozialen Vorteile einer permanenten Hochkonjunktur mit den Vorteilen absoluter

Geldwertstabilität verbinden zu wollen. Die Dynamisierung unserer Löhne, Gehälter und Renten gleicht die unvermeidliche Preissteigerung im Bereiche der Einkommensbildung aus.

Im Bereiche der Vermögensbildung liegen die Dinge jedoch im argen, und es wird viel von dem Gelingen der Bemühungen um finanzielle Stabilität abhängen, ob hier die notwendige Basis für die Stabilisierung auch der Geldersparnisse erreicht werden kann. Auch hier wird der Wettbewerbsmechanismus der Preisbewegung von innen und außen her Grenzen setzen. Diese marktwirtschaftlichen Kräfte sind bereits heute erheblich wirksam. Auf diesem Felde sind vorerst nur provisorische Lösungen möglich, denn niemand wird es wünschen können, durch Entstehung von Arbeitslosigkeit die volle Preisstabilität herzustellen. Nirgends wird so in der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik der spannungsreiche Antagonismus von Geldwertstabilität und Einkommenserhöhung in der Hochkonjunktur sichtbar.

Aus dem vorher Gesagten scheint mir eines hervorzugehen; die Einkommenspolitik ist nur *ein* Ziel einer marktwirtschaftlichen Gesellschaftspolitik. Es wäre zu eng, eine solche materielle Vermögensbildung als den Schlüssel zur Gesellschaftspolitik anzusehen. Die Gestaltung der Umwelt, die Sicherung der konkreten Gruppe, der der einzelne angehört, die Sicherung seiner Selbständigkeit, seiner Aufstiegschancen, die Verbesserung der menschlichen Beziehungen im Betrieb sind gleichrangige, wenn nicht sogar vorrangige Ziele. Die Unruhe, die die Menschen trotz aller wirtschaftlichen Erfolge in unserer Gesamtordnung empfinden, kann nicht allein vom Eigentum her gebannt werden.

Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang bietet die Frage, die auch in der Denkschrift angeschnitten ist, ob nicht durch das, was in der Öffentlichkeit als Investivlohn bezeichnet wird, dem Arbeiter ein Anteil an der Vermögensbildung im Betrieb gesichert werden solle. Dieser Gedanke ist ebenso wie die früher vielfach diskutierte Ertragsbeteiligung der Arbeiter im Betrieb aus einer besonderen konjunkturellen Situation entstanden. Die Ertragsbeteiligung sollte in einer Zeit relativ geringen Wettbewerbsdrucks dem Arbeiter einen Anteil an den reichlichen Gewinnen der Unternehmung geben. Die Befürchtung, daß hierdurch das Preisniveau beeinflusst würde, war damals nicht vorhanden. Der Gedanke des Investivlohnes entstand in einer wettbewerbsbedrängteren Lage, in der zu befürchten stand, daß durch die über die Produktivität steigenden Löhne ein weiterer Preisanstieg induziert wird. Dem Gedanke liegt ein verteilungspolitisches Ziel zugrunde. Man will den erhöhten Anteil an der volkswirtschaftlichen Vermögensbildung so gestalten, daß durch ein Splitting des Lohnes in eine im Rahmen des Produktivitätszuwachses gehaltene Lohnerhöhung und in einen Investivanteil Preissteigerungen nicht induziert werden.

Dieser Gedanke bedarf einer sehr genauen Überprüfung, zumal über die Technik, wie der Investivanteil des Lohnes praktisch ausgestaltet werden soll, wie lange er gebunden wird, wie die Lage derjenigen Arbeitnehmer ist, die bei Einzelunternehmern und solcher, die im öffentlichen Bereiche arbeiten, keine Klarheit besteht. Ich rate zur Vorsicht. Einmal wird die Wirkung auf den Sparprozeß durch verminderte Spartätigkeit in anderen Formen beliebig neutralisiert werden können, indem die Lohnempfänger das freiwillige Sparen teilweise einschränken, zum anderen spricht alle Wahrscheinlich-

keit dafür, daß die Unternehmer den Investivlohn als Kostenbestandteil ansehen und deswegen versuchen werden, die zusätzliche Belastung durch Preiserhöhung auf den Verbraucher abzuwälzen. Ob das gelingt, hängt vom Einzelfall ab, von der konjunkturellen Situation und der Wettbewerbsposition. Es steht zu befürchten, daß dort, wo die Preisüberwälzung nicht gelingt, die Unternehmer den Druck der ihnen auferlegten Gewinnminderung durch eine Minderung ihrer Investitionsneigung beantworten und dadurch die gesellschaftliche Gesamtsituation, bei der alles von dem Weitergehen der Investitionen und der Vollbeschäftigung abhängt, verschlechtert wird. Auch werden insbesondere die lohnintensiven mittleren und kleineren Unternehmer durch den Investivlohn relativ schwerer belastet. Das aber würde ebenfalls zu unerwünschten Strukturverschiebungen unserer Gesellschaft führen.

Es besteht so aller Anlaß, gegenüber diesem problematischen Ansatz einer neuen Lohnpolitik zur Vorsicht zu mahnen. Ich glaube, daß das gegenwärtige System unserer Lohnpolitik mit der Autonomie der Sozialpartner im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft durchaus weiterhin funktionieren kann. Voraussetzung dazu ist allerdings, daß es gelingt, das Konzept einer restriktiven Finanzpolitik effektiv durchzusetzen und eine Dämpfung im Bereiche des Wohnungsbaues zu erreichen, dem systematisch aus öffentlichen Geldern und aus Steuerbegünstigung Finanzmittel über seine Kapazität hinaus zugeführt wurden. Es scheint mir falsch zu sein, aus der Nervosität einer Zeitspanne von wenigen Jahren heraus, in der Preissteigerungen aus gut überschaubaren Gründen vor sich gingen, einen Systemwechsel unserer Lohnpolitik vorzunehmen, der nur auf einen Teil der Arbeitnehmer anwendbar wäre. Man sollte bedenken, daß uns in wenigen Jahren der Durchbruch der deutschen Löhne in die europäische Spitzenklasse gelungen ist. Ich sehe darin ein Leistungsmoment der Sozialen Marktwirtschaft. Man sollte von einem neuen System absehen, zumal die von außen und innen wirkenden marktwirtschaftlichen Kräfte längst auf dem Wege sind, die Gewinnsituation der Betriebe zu schmälern und demnächst auch die Preis- und Lohnsituation zu stabilisieren. Hier noch ein zusätzliches Element einzugliedern, dürfte Gefahren bringen.

Eine restriktive Finanzpolitik und eine Begrenzung des Wohnungsbaues auf das notwendige Maß seiner Kapazität sollte im Zusammenhang mit vernünftigen Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern dazu ausreichen, eine Gefahr einzudämmen, die nicht ohne Reaktion auf unserem international verbundenen Markte bleiben dürfte. Niemandem, weder den Gewerkschaften noch den Unternehmern, wäre damit gedient. Das System des Investivlohnes scheint mir dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft darin zu widersprechen, daß es in seiner Technik in den Marktprozeß unmittelbar eingreift und heute noch unübersehbare Konsequenzen haben könnte. Ich bejahe dabei durchaus das Anliegen derer, die breiteste Schichten an das Eigentum heranführen möchten; aber dieser Weg scheint mir nachhaltiger gesichert zu sein durch die laufende reale Lohnerhöhung, die — glaube ich — ohne Vergleich in der Wirtschaftsgeschichte ist. Was korrigiert werden müßte, sollte nach dem Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft klar, bewußt und kontrolliert über die staatliche Einkommensumleitung geschehen, also durch Besteuerung derer, deren Einkommensbildung man für zu hoch hält, und Begünstigung derer, deren Vermögensbildung man fördern möchte. Einem Ausbau der

staatlichen Sparförderungsmaßnahmen möchte ich daher nachdrücklich das Wort reden. Aber in die klare Abgrenzung von Kosten, Preis und Gewinn einen inkommensurablen Einkommensfaktor einzuschließen, würde die Klarheit, die die marktwirtschaftliche Kalkül haben muß, erheblich stören. Ich vermag wenig Sinn darin zu sehen, währungspolitische Aufgaben durch ein neues Arrangement der Lohnpolitik zu lösen. Die heutigen währungspolitischen Aufgaben müssen klar dort angegangen werden, wo sie sich stellen: in der Finanzpolitik und im Bereiche des Bauens.

Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft

Wenn wir die Faktoren unserer gegenwärtigen Zeitlage richtig analysieren, so scheint es mir unausweichlich zu sein, die Aufgaben der Sozialen Marktwirtschaft in ihrer nun beginnenden zweiten Phase umfassender im gesellschaftspolitischen Sinne zu sehen. Das ist keine Sache persönlicher Neuerungssucht, sondern entspricht der Feststellung, daß Motive der Vergangenheit, insbesondere die der Knappheitsüberwindung und des puren Wachstums abklingen. Gerade der Erfolg läßt vieles Erreichte selbstverständlich erscheinen. Die zentrifugalen Kräfte unserer Gesellschaft werden in der Wohlstandssituation sichtlich größer und verlangen eine zusätzliche Anstrengung zur Integration unserer Gesellschaftsordnung. Die Demokratisierung der Konsummöglichkeiten und die durch die Erfahrung erwiesene Übereinstimmung der Grundinteressen fast aller Gruppen mit dem Gesamtwachstum bieten eine Basis, auf der eine solche Politik geführt werden kann. Ich habe an anderer Stelle in meiner Schrift „Soziale Marktwirtschaft II. Teil“⁶⁾ auf die praktischen Probleme einer solchen Gesellschaftsordnung hingewiesen.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß der CDU hat im August vergangenen Jahres 36 Thesen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik herausgegeben, die in der Richtung dieses Gedankens Konkretes auszusagen suchen. Ich glaube aber, daß es gut ist, den Gedanken einer grundsätzlichen Neuordnung unserer Sozialen Marktwirtschaft nicht schon im Anfang in Einzelheiten sich verlieren zu lassen. Einzelheiten sind wichtig, aber am Anfang muß die grundsätzliche geistige Entscheidung stehen, ob wir in Reflexion auf eine harmonische Struktur unserer Gesellschaft tätig werden wollen oder ob die Wirtschaftspolitik ihr Heil in Gesetzesnovellen und in der Tagespolitik sucht. Meine Forderung geht nicht dahin, das Gewicht auf allgemeine gesellschaftspolitische Maßnahmen zu verlagern und den wirtschaftspolitischen dabei geringere Bedeutung zuzugestehen. Eine unter dem Wirtschaftsordnungsgedanken geführte Wirtschaftspolitik wird ohnehin immer gleichzeitig auch Gesellschaftspolitik sein. Ich nenne hier die Währungspolitik. Währungsstabilität ist ein eminentes Mittel zur Schaffung von Stabilität in unserer Gesellschaft. Eine schleichende Inflationierung wird alle Bemühungen um Eigentumsbildung wieder in Frage stellen, wenn ihr durch Geldwertverschlechterung eine meist nicht sichtbare, aber unlegbare Eigentumsminderung entgegenwirkt.

Der Gedanke der Währungsstabilität steht heute in unlösbarem Zusammenhang mit der Konjunkturpolitik im ganzen. Über sie wird viel gesprochen, aber es wird — nach meinem lange erwogenen Urteil — zu wenig danach gehandelt. Es geht hierbei weniger um Zahlenbilder, die hinlänglich vorhanden

sind. In der EWG wird im November und Dezember ein koordiniertes Wirtschaftsbudget der sechs Mitgliedsländer herauskommen. Ein analoger Wirtschaftsbericht ist für die Bundesrepublik vorgesehen. In dem Maße, in dem mit der Vollenwicklung der Produktivkräfte die Gleichrichtung der Konjunktur nach oben nicht mehr so gesichert erscheint wie bisher, bedarf es einer verstärkten Institutionalisierung der Konjunkturpolitik und eines Ausbaues ihres Instrumentariums. Ein Sachverständigen-gremium, wie es geplant ist, kann sicher nützliche Arbeit leisten, aber darüber hinaus muß die institutionelle Zusammenarbeit innerhalb der Regierung als eine permanente ausgestaltet werden, und es bedarf, insbesondere auf dem Gebiete der Finanz- und Kreditpolitik, der geistigen und praktischen Vorbereitung, um hier jenen Fortschritt zu erreichen, der mir angesichts der klaren Erfahrungen der Vergangenheit angezeigt erscheint. Die Kommission der EWG hat mit dem Ausschuß für Konjunkturpolitik in Brüssel konstruktive Vorschläge gemacht, zu denen sich neben den übrigen Mitgliedstaaten auch die Bundesrepublik äußern muß. Die erfreuliche Aktivität, die wir augenblicklich bei der Finanzpolitik feststellen können, bedarf über die augenblickliche Regelung der Haushaltslage für 1963 hinaus einer konstruktiven Verbesserung, etwa im Sinne einer antizyklischen Politik und längerfristiger Investitionshaushalte, durch die, wie ich glauben möchte, allein die konjunkturpolitische Wirksamkeit des Staatshaushaltes gesichert werden kann. Auch hier steht die Konjunkturpolitik der Sozialen Marktwirtschaft vor der Aufgabe, das magische Dreieck der Ziele Währungsstabilität, Wachstum und Vollbeschäftigung sowie Gleichgewicht der Außenhandelsbilanz zu erreichen. Die Erfahrung der nationalökonomischen Wissenschaft in den letzten vier Jahrzehnten scheint mir genügend Ansatzpunkte zu bieten, zu einem erträglichen Kompromiß zwischen diesen Zielen zu kommen, die in einem bestimmten Konflikt liegen, aber doch in einer durchdachten Konstruktion ausgleichbar sind. Ich habe für die internationale Konjunkturpolitik vor einigen Jahren einen Kodex des richtigen konjunkturpolitischen Verhaltens formuliert, der von allen europäischen Staaten in der OECD anerkannt wurde. Man sollte auch für die nationale Konjunkturpolitik innerhalb der zuständigen Gremien die gedankliche Vorarbeit wesentlich weiter treiben. Das ist nicht nur eine Frage der Wirtschaftspolitik, sondern zugleich ein echtes gesellschaftspolitisches Ziel; denn ohne einen Ausbau der Wirtschaftspolitik in dieser Richtung werden wir die durch die schnellen Marktveränderungen und die unvermeidbaren Veränderungen der Marktlage einzelner Industrien stets wieder wachgerufene Unsicherheit des einzelnen Menschen in einer Massenorganisation, deren Zusammenhang er nur unvollkommen überschaut, nicht beschwichtigen können.

Es hat sich eine Diskussion ergeben, ob hier nicht ein stärkeres Maß von Planwirtschaft geboten erscheint. Ich glaube nicht. Es ist zwar augenblicklich modern geworden, „Le Plan“ zu zitieren. Es verbindet sich auch mit den Forderungen zur Verbesserung unserer ökonomischen Kenntnisse häufig die Auffassung, man müsse der Vorstellung eines Nationalbudgets wesentliche Elemente der Marktwirtschaft opfern. Diese Diskussion scheint mir jedoch in die Irre zu gehen. Eine Marktwirtschaft beruht auf den Plänen der einzelnen. Diese einzelnen können kurzfristig planen, wie es die Einkommensempfänger tun; aber schon der Bau eines Wohnhauses verlangt auch hier eine längere Vorausschau. Große Firmen, man denke an Erdöl und Kohle oder den Automobilbau, müssen längerfristige Investitionspläne aufstellen, und nichts spricht meines

⁶⁾ In: Studien zur Sozialen Marktwirtschaft, a. a. O., S. 23.

Erachtens dagegen, daß auch der Staat in seiner Finanzwirtschaft seine kurzfristige Budgetpolitik in bestimmten Bereichen wie Verkehr und Bau längerfristig ausgestaltet. Es gibt eine marktwirtschaftliche Vorausschau auf das nächste und übernächste Jahr. Wir haben sie in den Berichten an die OECD seit je geübt und hierbei, auf Grund des gegenüber den planungsfreudigen Ländern sicher ebenso guten, wenn nicht besseren Materials der deutschen Statistik, recht exakte Ergebnisse erzielt. Die klare Grenze, die aber angesichts der Ordnungsidee der Sozialen Marktwirtschaft eingehalten werden muß, besteht darin, daß dem Vorausschauen, insbesondere auch in bezug auf einzelne Bereiche, keine Vollzugsverbindlichkeit gegeben werden darf, so daß im Falle des Unterschreitens der erwarteten Zahlen nicht Interventionen den Marktprozeß lahmlegen. Hier scheint es erforderlich zu sein, daß sich die Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft nicht in die Defensive drängen lassen. Die Fortschritte der letzten Jahre sind auch in Frankreich, wo Le Plan seit mehr als einem Jahrzehnt angewendet wird, so eindeutig mit den marktwirtschaftlichen Verfahren — in Frankreich mit der Rueffschen Reform — verbunden, daß kein Anlaß besteht, hier das marktwirtschaftliche Konzept zurückzustecken.

Konjunkturpolitische Stabilität kann nicht in der Stabilität einzelner Faktoren, Preise und Löhne gesucht werden, sondern zielt auf eine dynamische Stabilität, eine Harmonie im Wachstum, die kompliziertere Anforderungen stellt als die einfache Stabilitätsforderung.

Sollte eine gesellschaftspolitische Konzeption ernsthaft erstrebt werden, verlangt sie, daß auch die übrigen Bereiche unserer heutigen Politik von hier aus neu durchdacht werden. In der Sozialpolitik handelt es sich darum, einerseits die Konsequenzen aus einer auf alle Schichten gerichteten Gesellschaftspolitik zu ziehen, andererseits den Versuch zu machen, in gewissen Bereichen die Selbstverantwortung wenigstens z. T. mehr dem einzelnen zu überlassen, um zu einer Konzentration der sozialen Hilfe auf die wirklich hilfsbedürftigen Fälle zu gelangen. Die einfache Erweiterung des sozialen Schutzes unter Übersehen oder Nichtbeachtung der inzwischen vor sich gegangenen wirtschaftlichen Wandlungen bedeutet keine zeitgerechte Lösung. Ich kann dieses Thema hier nur berühren, der Zeitmangel verbietet mir, weiter darauf einzugehen.

Soziale Marktwirtschaft und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

Unsere Wettbewerbspolitik, die in wenigen Jahren ohnehin auf die Basis des Gemeinsamen Marktes gestellt werden muß, ist fortzusetzen. Auch hier sollte die Konstruktion einer statisch gedachten Wettbewerbsordnung, wie sie dem Konzept des Neoliberalismus zugrunde lag, verbunden werden mit der Einsicht, daß in einer — schon durch den Gemeinsamen Markt — dynamisch sich umordnenden Wirtschaft das einfache Prinzip, auf einer formalen Wettbewerbsordnung zu beharren, nicht ausreicht. Die Standortverschiebungen und Gewichtsverlagerungen, denen wesentliche Teile unserer Produktion in den sich erweiternden Märkten der EWG und der sich anbahnenden atlantischen Zusammenarbeit entgegensehen, werden ohne ein gewisses Maß von Anpassungsinterventionen nicht zu bewältigen sein. Hier geht es darum, das Prinzip der freien Wettbewerbswirtschaft zu behaupten, aber gleichzeitig jene temporären Start- und Anpassungshilfen zu geben, die solange das Gewissen der Marktwirtschaftler nicht

zu beschweren brauchen, als sie auf das Endziel des freien Marktes hinführen. Wir haben in der Bundesrepublik bei der Investitionshilfe in den Jahren 1952–59 solche Hilfestellungen gegeben. Sie haben sich bewährt, weil sie eben von Anfang an bewußt als Mittel zur Herbeiführung eines marktwirtschaftlichen Status entwickelt waren.

Die Soziale Marktwirtschaft ist von uns in der ersten Phase ihrer Ausgestaltung als eine spezifisch deutsche Form, die Probleme des Wiederaufbaues zu bewältigen, gesehen worden. Die Entstehung des Gemeinsamen Marktes im Bereiche der Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs sowie der künftige Beitritt und die Assoziierung weiterer Länder im gesamteuropäischen Raum stellen uns vor die Frage, ob wir diese Ordnungskonzeption beibehalten können bzw. wie die Gesamtordnung des europäischen Marktes sein soll. Die bisherige Zurückhaltung, die in der Sozialen Marktwirtschaft kein Exportprodukt sah, findet eine Grenze angesichts dieser vom Markte her herbeigeführten Weitung unseres Horizontes. Es geht hierbei nicht um den Namen; aber so, wie ich den Sinn der Sozialen Marktwirtschaft interpretierte, ist das Sachproblem in Europa doch dieses: Ein im Inneren von Zöllen, Kontingenten und Staatsinterventionen freigehaltener Markt wird zwar nach außen durch einen gewissen Grad von Protektion abgeschirmt; dieses Maß wird durch räumliche Erweiterung des Marktes nach innen und zunehmenden Verhandlungsdruck der Außenwelt von außen herabgesetzt werden. Elemente einer freien Marktwirtschaft im Inneren werden so mit Kräften einer schon feststellbaren Expansion im Inneren wie mit einem nach innen und außen gerichteten Sozialprotektionismus in einem gewissen Konflikt stehen. Es ist der gleiche Fall antagonistischer Ziele, wie er von mir bereits als Ausgangslage der Sozialen Marktwirtschaft dargelegt wurde. Es wird nicht möglich sein, diese Ausgangssituation vom einen oder anderen Extrem her zu bestimmen. Für Europa im ganzen wird sich daher die Notwendigkeit ergeben, nach der irenischen Formel zu suchen, die — nach meiner Überzeugung — das Wesen der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt ausmacht. Europa kann ebensowenig einem Laissez-faire-Wettbewerb überantwortet werden wie einer sozialen Planifikation. Es steht im ganzen vor der dialektischen Aufgabe, seine Wirtschaftspolitik auf die Zielrichtung des sozialen Schutzes wie auf die der freien Initiative zu richten. Eine solche dialektische Aufgabe ist in sich zu kompliziert, um von der Tagespolitik bewältigt zu werden. Sie bedarf einer vorbereitenden Grundsatzarbeit, die der konkreten Arbeit voraufzugehen hat, soweit sie nicht schon im Vertrag von Rom vorgeleistet wurde. Ich sehe in den Bemühungen der Kommission um die Regionalpolitik, um die soziale Koordinierung, um die Wettbewerbspolitik und um die Ausgestaltung einer konstruktiven Konjunkturpolitik wesentliche Ansatzpunkte in dieser Richtung, die gefördert werden müssen. Die Integration Europas ist im Endergebnis nicht nur eine politische Integration. Sie setzt die Integration der Wirtschaftsordnungen voraus. Extreme Lösungen, die durch freien Wettbewerb ein Standortbild automatisch erzeugen wollen, haben ebensowenig eine Chance wie Versuche eines liberalen Sozialismus zu einer behutsamen Planifikation. Die Formel der Sozialen Marktwirtschaft bedeutet nicht, daß man den pragmatischen Weg, alles aus der jeweiligen Lage sich mischen und bestimmen zu lassen, wählt. Sie weist vielmehr einen konstruktiv bedachten dritten Weg, die konfliktreiche Situation innerhalb einer gemeinsamen Ordnung im Rahmen des Möglichen zu überwinden.

So gesehen, müssen wir auch in Europa an eine geistige Anstrengung herangehen, das Fundament unserer Wirtschaftsordnung tiefer zu begreifen und nach der Integrationsformel der europäischen Gesamtordnung suchen.

Das setzt freilich voraus, daß wir im eigenen Haus beginnen und uns abgewöhnen, die Soziale Marktwirtschaft als eine angenehme, leichte Formel zu sehen, die durch einen unbestrittenen Erfolg hinlänglich abgedeckt ist. Diese Formel enthält mehr; sie will eine Antwort sein auf die Herausforderung, die unsere Zeitlage stellt, in einer freien Ordnung und

in einer Zeit unvergleichlicher Dynamik von Technik und Wirtschaft das volle Gewicht ihrer sozialen und strukturellen Aufgaben geltend zu machen. Sie sollte keine bequeme pragmatische Formel sein. Eine Gesamtordnung kann in der Praxis der Politik wie im Bewußtsein der Menschen, die sie anspricht, nur bestehen, wenn sie Leitbilder setzt und zeitgerechte Methoden entwickelt. Nur aus dem Vertrauen in das geistige Fundament unserer Gesamtordnung und in deren Zukunft kann die Hoffnung erwachsen, die Aufgaben der Gegenwart nach dem Maß unserer Kräfte sachgerecht zu erfüllen.